

12.10.1995

Vorlage

der Berichterstatter

an den Haushalts- und Finanzausschuß



Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1995 (Nachtragshaushaltsgesetz 1995)
- Drucksache 12/153 -

Einzelplan 04 - Justizministerium

Bericht über das Ergebnis des Berichterstattergesprächs über den Einzelplan 04 gemäß § 28 (1) in Verbindung mit Nr. 6 der Anlage 4 zur Geschäftsordnung des Landtags

Hauptberichterstatter

Abgeordnete Alexandra Landsberg
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Berichterstatter

Abgeordneter Lothar Niggeloh SPD
Abgeordneter Winfried Schittges CDU

Das Ergebnis des Berichterstattergesprächs zum Einzelplan 04 ergibt sich aus dem als Anlage beigefügten Ergebnisprotokoll.

Bericht

Ergebnisprotokoll über das Berichterstattergespräch zum Einzelplan 04 am 12. Oktober 1995 (9.00 - 10.00 Uhr)

1. Teilnehmer/innen

Frau Abgeordnete Alexandra Landsberg BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Abgeordneter Lothar Niggeloh SPD
Herr Abgeordneter Winfried Schittges CDU

Herr LMR Hagemann Finanzministerium
Herr MR Kamp Justizministerium
Frau ORRin Best Finanzministerium
Herr AR Schneider Finanzministerium
Herr RD Althoff, Landtagsverwaltung

2. Allgemeines

Die Hauptberichterstatterin und die Berichterstatter erörterten am 12. Oktober 1995 mit den o.a. Vertretern und Vertreterinnen des Finanzministeriums und des Justizministeriums die Änderungen im Einzelplan 04 - Justizministerium - durch das Nachtragshaushaltsgesetz 1995 - Drucksache 12/153 -.

3. Einzelne Kapitel

3.1 Kapitel 04 010 - Ministerium

Titel 545 00 - Kosten für die technische Sicherung von Wohnungen

Auf entsprechende Fragen teilte der Vertreter des Justizministeriums mit, daß die Ansatzserhöhung um 1.000.000,- DM auf 1.090.000,- DM im Hinblick auf die technische Sicherung der Wohnungen des Justizministers und des Staatssekretärs erforderlich wurde.

3.2 Kapitel 04 020 - Allgemeine Bewilligungen

Titel 972 00 - Globale Minderausgabe

Die Vertreter der Ministerien erklären, daß die globale Minderausgabe in den rechtlich ungebundenen Teilen des Einzelplans erwirtschaftet wird und hier insbesondere bei den nachgeordneten Behörden. Besonders betroffen sind die Gerichte und Staatsanwaltschaften, die aber nur in ihrer anteiligen Bedeutung bei den rechtlich nicht gebundenen Teilen des Einzelplans herangezogen werden.

3.3 Kapitel 04 040 - Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter)

Vom Justizministerium wurde mitgeteilt, daß die Ansatzserhöhung um 615.000,- DM notwendig wurde, um 35 Anwärter für den gehobenen Dienst übernehmen zu können.

Titel 546 50 - Aufwandsentschädigung und Vergütung an Vormünder, Pfleger und Betreuer

Wie die Vertreter des Justiz- und Finanzministeriums betonten, ist die Ansatzserhöhung aufgrund der sich aus dem neuen Betreuungsrecht (ab 1. Januar 1993) ergebenden gesetzlichen Verpflichtung erforderlich. Darin enthalten sind nachträgliche Abrechnungen aus den Jahren 1993 und 1994. Außerdem sei für 1995 noch eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 14.000.000,- DM bewilligt worden.

Titel 785 10 - Erweiterung und Sanierung der Land- und Amtsgerichtsgebäude in Bonn und erforderliche Umbauarbeiten in den Altbauten 2. Teilbetrag

Wie von dem Vertreter des Justizministeriums erklärt wurde, sei die Minderung des Ansatzes um 3.200.000,- DM aufgrund des Baufortschritts vertretbar; außerdem sollten hierdurch auch die Ansatzserhöhungen bei Kapitel 04 010, Titel 545 00 und bei Kapitel 04 050, Titel 739 00 gedeckt werden.

3.4 Kapitel 04 050 - Justizvollzugseinrichtungen

Titelgruppe 70 - Arbeitsbetriebskosten (einschl. Arbeitsentgelt für Gefangene, Reisekosten und dergleichen, ohne Gebäudeunterhaltung)

Titelgruppe 80 - Bildung der Gefangenen (einschl. Ausbildungsbeihilfen für Gefangene, Reisekosten der nebenamtlich oder im Vertragsverhältnis beschäftigten Personen, ohne Gebäudeunterhaltung)

Wie der Vertreter des Justizministeriums auf entsprechende Fragen erklärte, ist die Ansatzserhöhung bei beiden Titelgruppen um insgesamt 3.000.000, DM im Hinblick auf die gestiegene Gefangenenanzahl erforderlich geworden. Demgegenüber sinken die Ausgaben für die Arbeitslosenhilfe für die arbeitenden und zu entlohnenden Gefangenen.

Zur Zeit gäbe es in NRW ca. 17.500 Gefangene (1992/93 waren es noch ca. 14.300) einschließlich ca. 600 Abschiebehäftlingen; ca. 9.000 Gefangene übten eine Erwerbstätigkeit aus.

Alexandra Landsberg
Hauptberichterstatlerin

Lothar Niggeloh
Berichterstatler

Winfried Schittges
Berichterstatler